



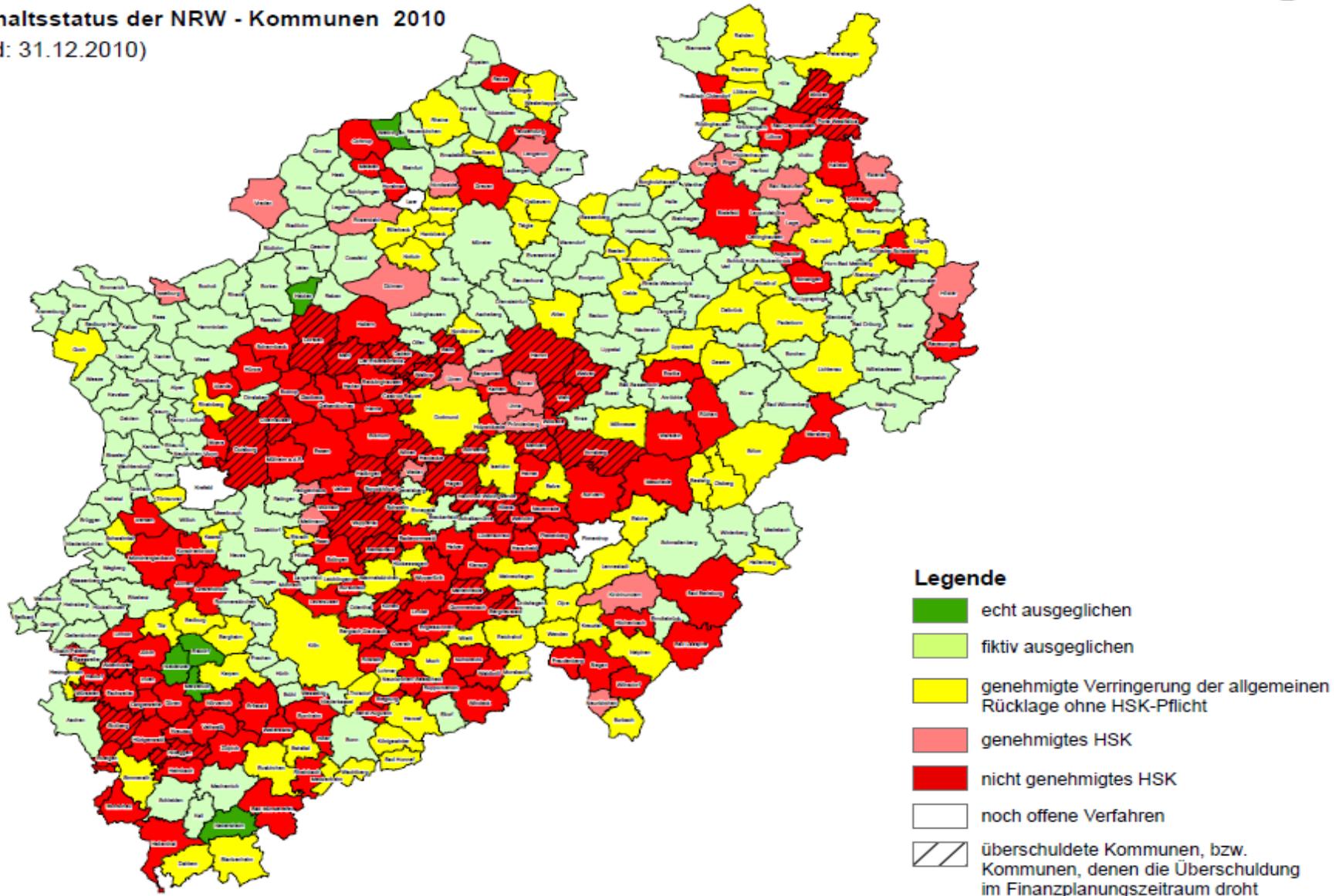
DIE REGIERUNGSPRÄSIDENTIN

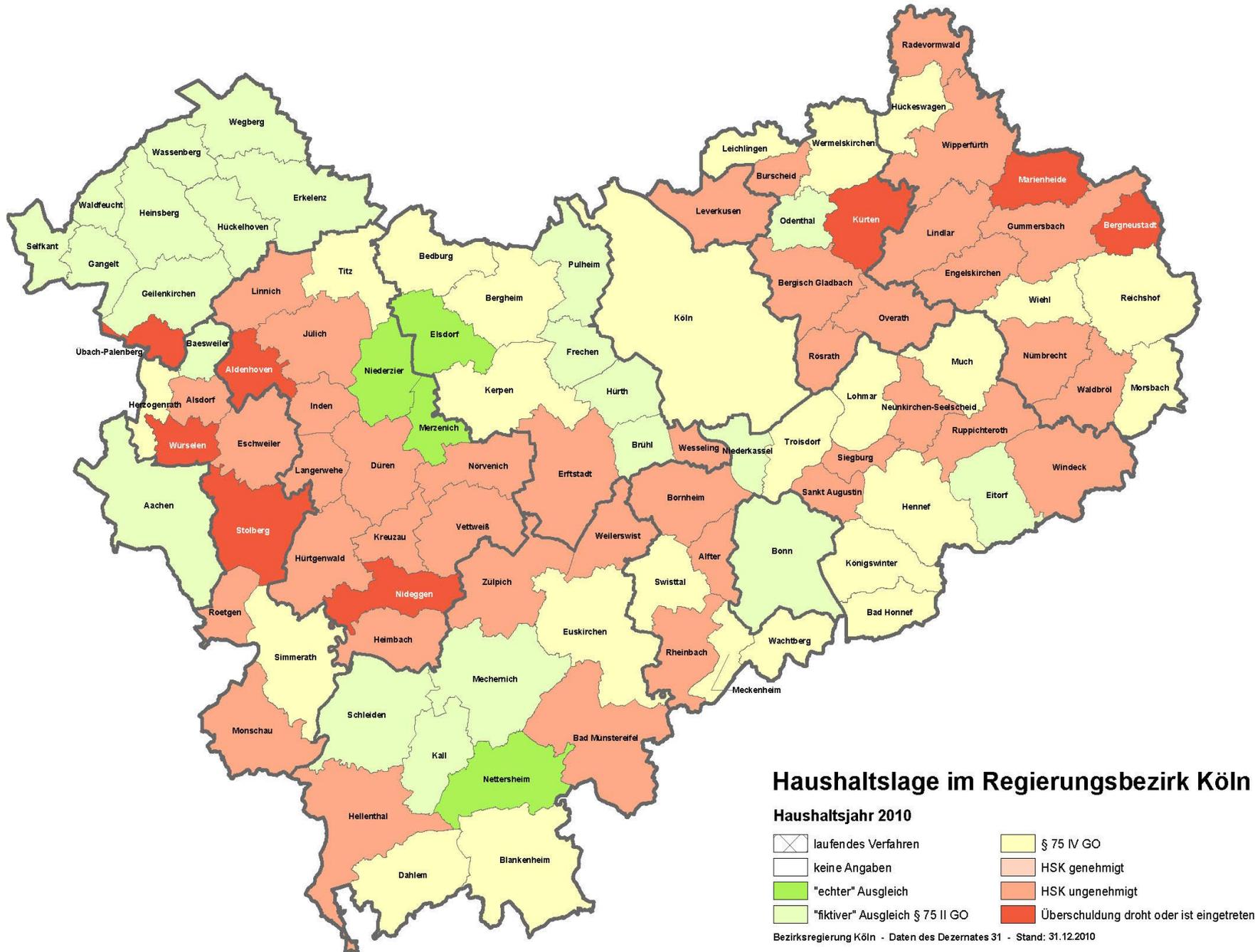
I. Kommunale Finanzsituation



Haushaltsstatus der NRW - Kommunen 2010

(Stand: 31.12.2010)

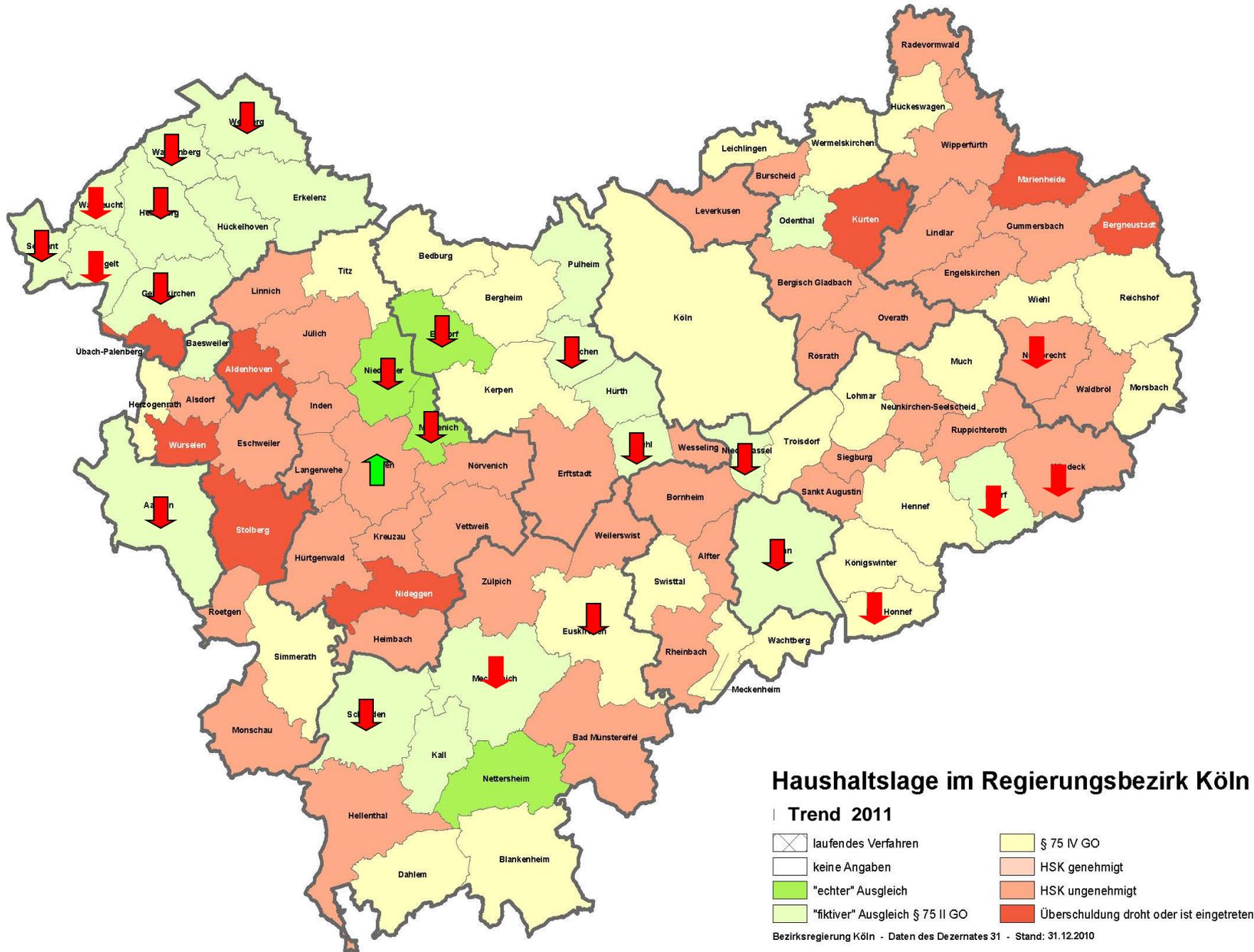




Haushaltslage im Regierungsbezirk Köln

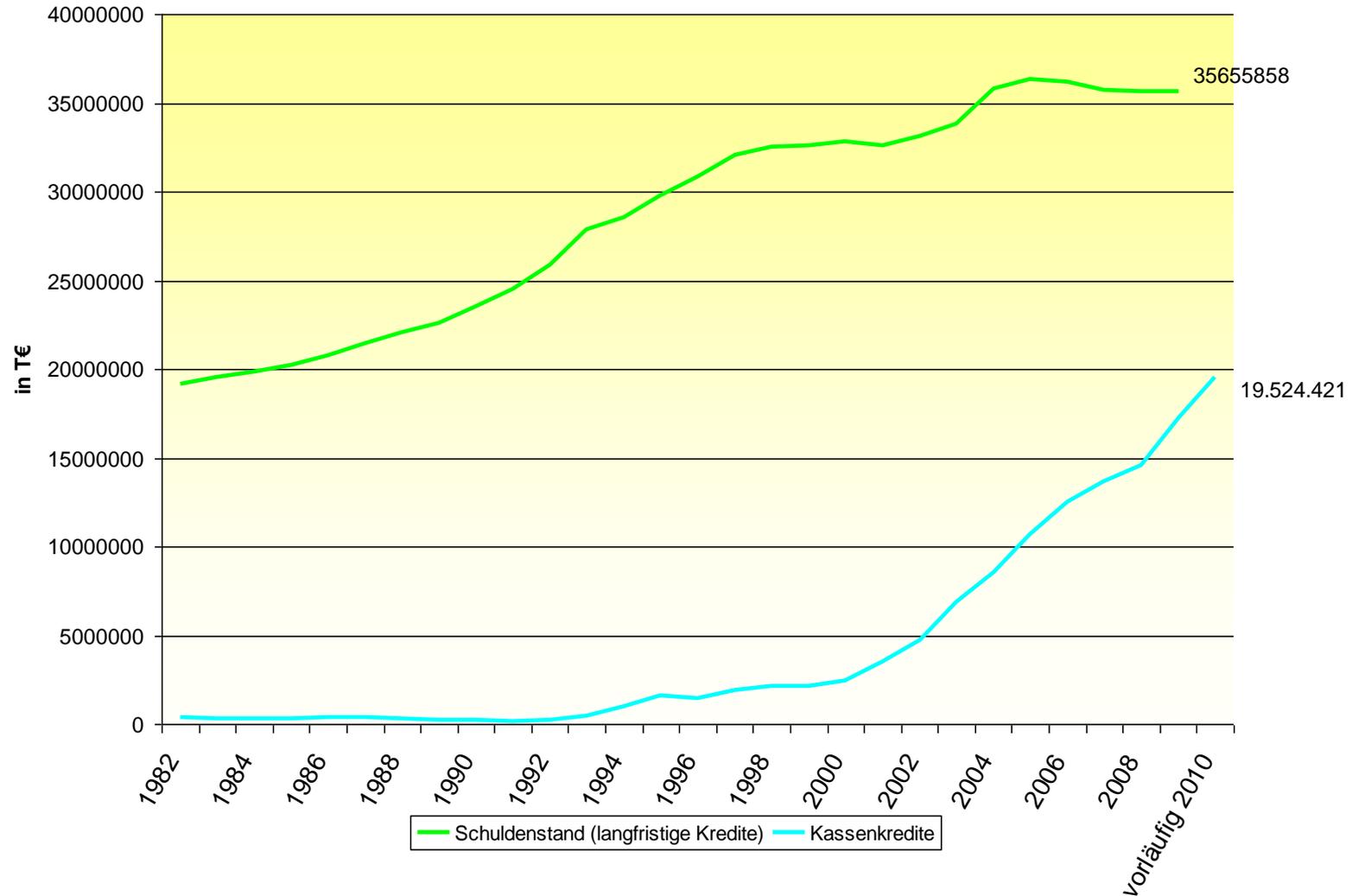
Haushaltsjahr 2010

- laufendes Verfahren
- keine Angaben
- "echter" Ausgleich
- "fiktiver" Ausgleich § 75 II GO
- § 75 IV GO
- HSK genehmigt
- HSK ungenehmigt
- Überschuldung droht oder ist eingetreten



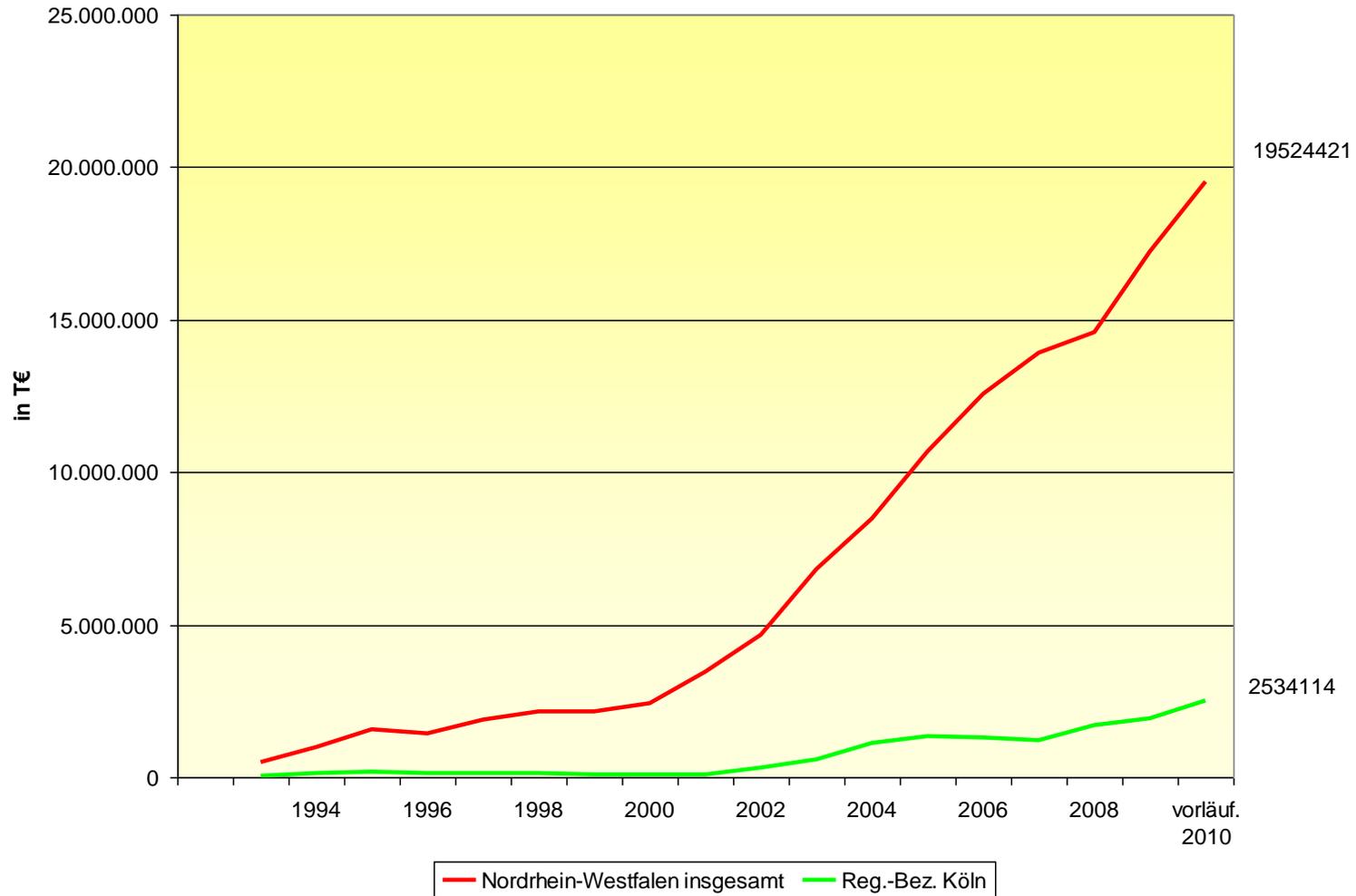


Langfristige Schulden und Kassenkredite der Kommunen in NRW



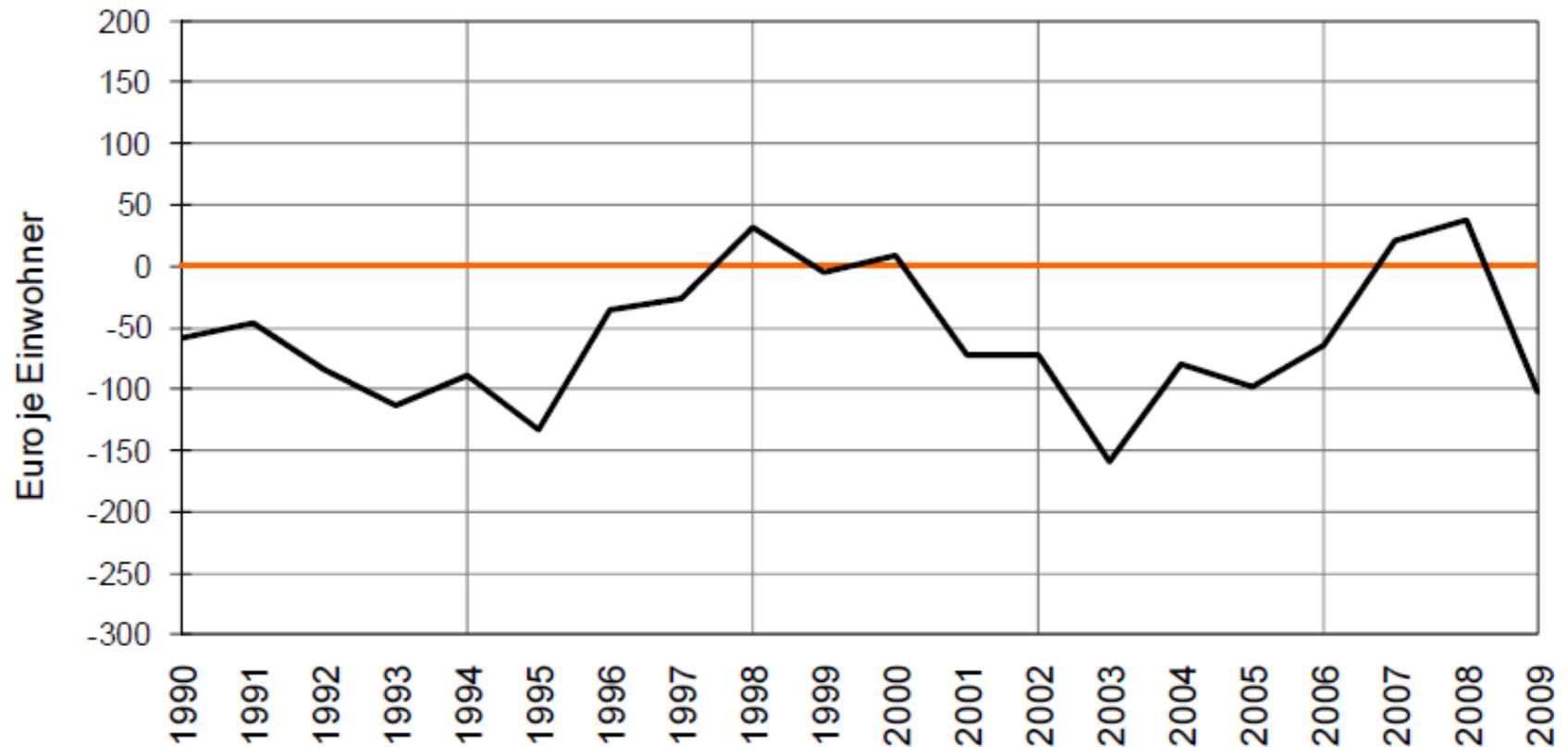


Kassenkredite - Entwicklung Bezirk Köln zu NRW insgesamt -





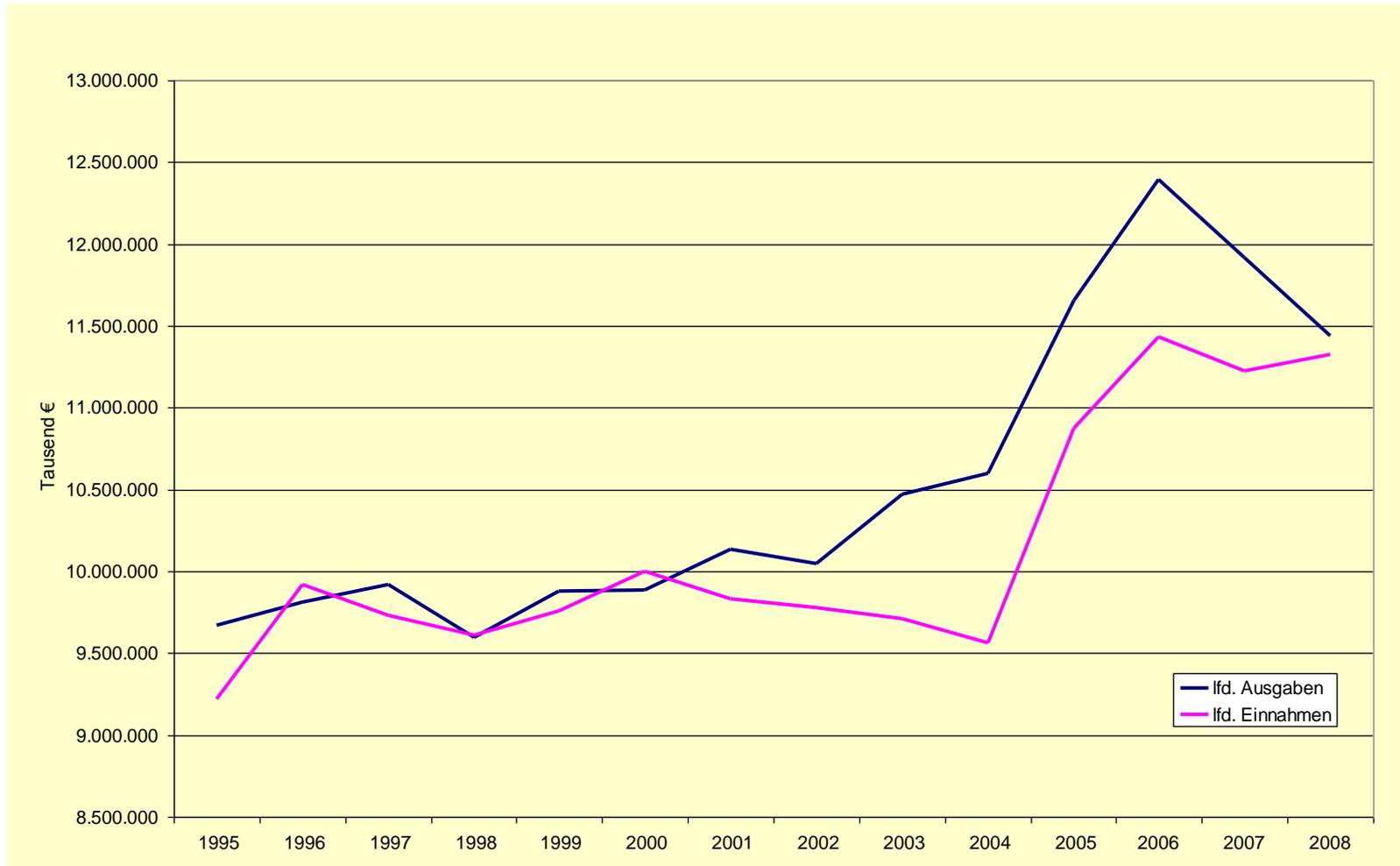
Kommunaler Finanzierungssaldo NRW seit 1990

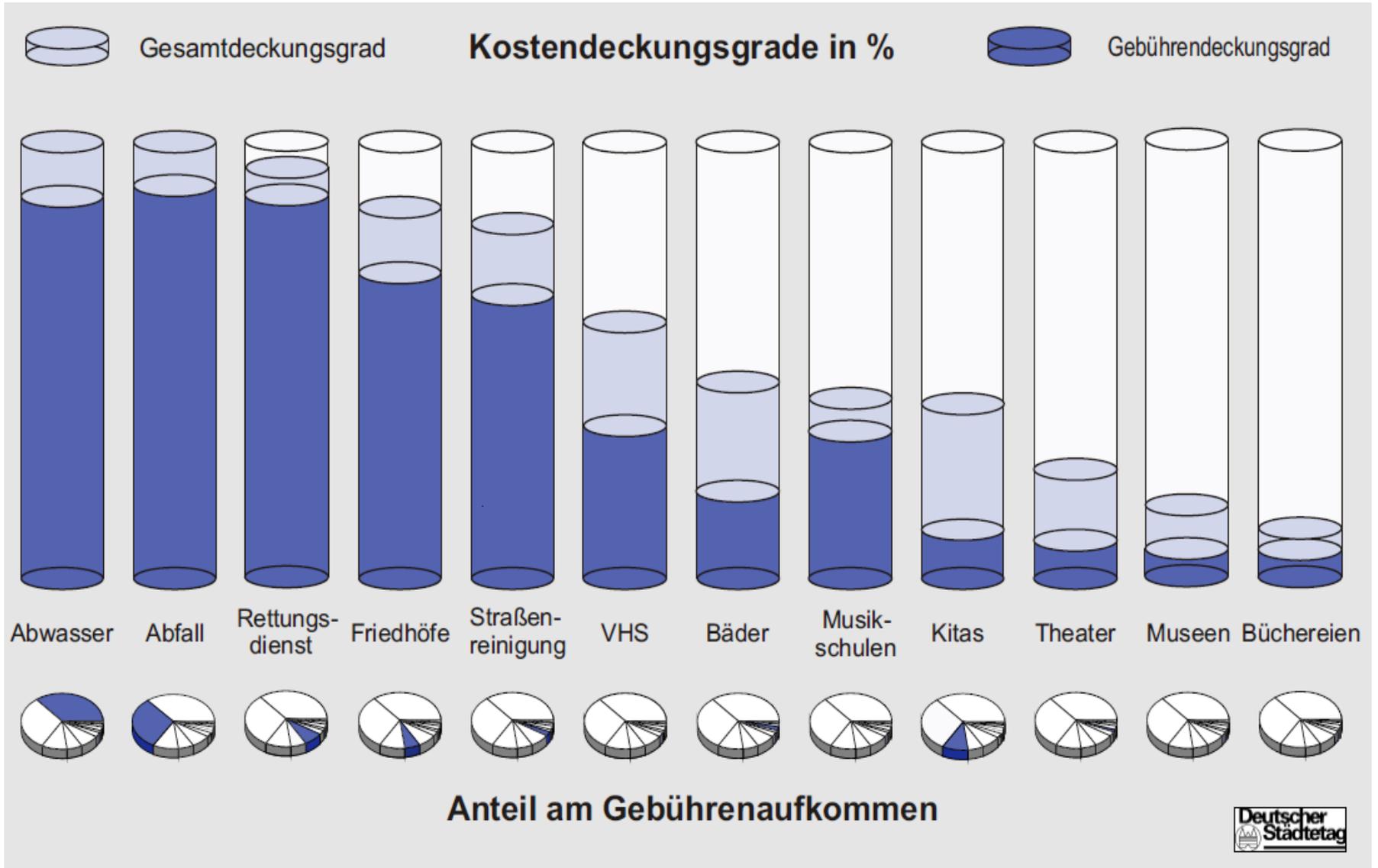


Quelle: Statistisches Bundesamt.



Einnahme- Ausgabeverhältnis im RB Köln



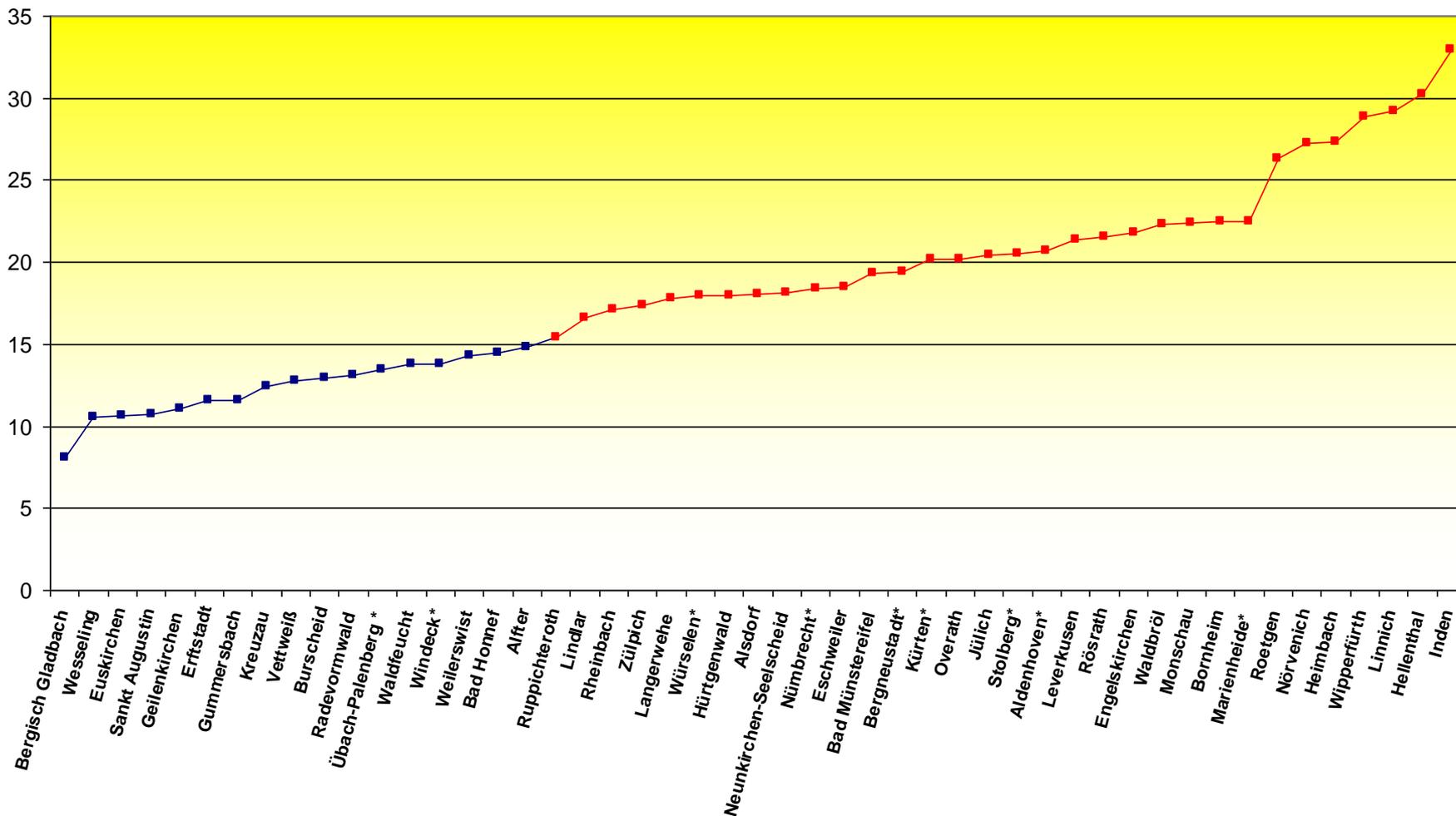


Änderung des § 76 GO NRW:



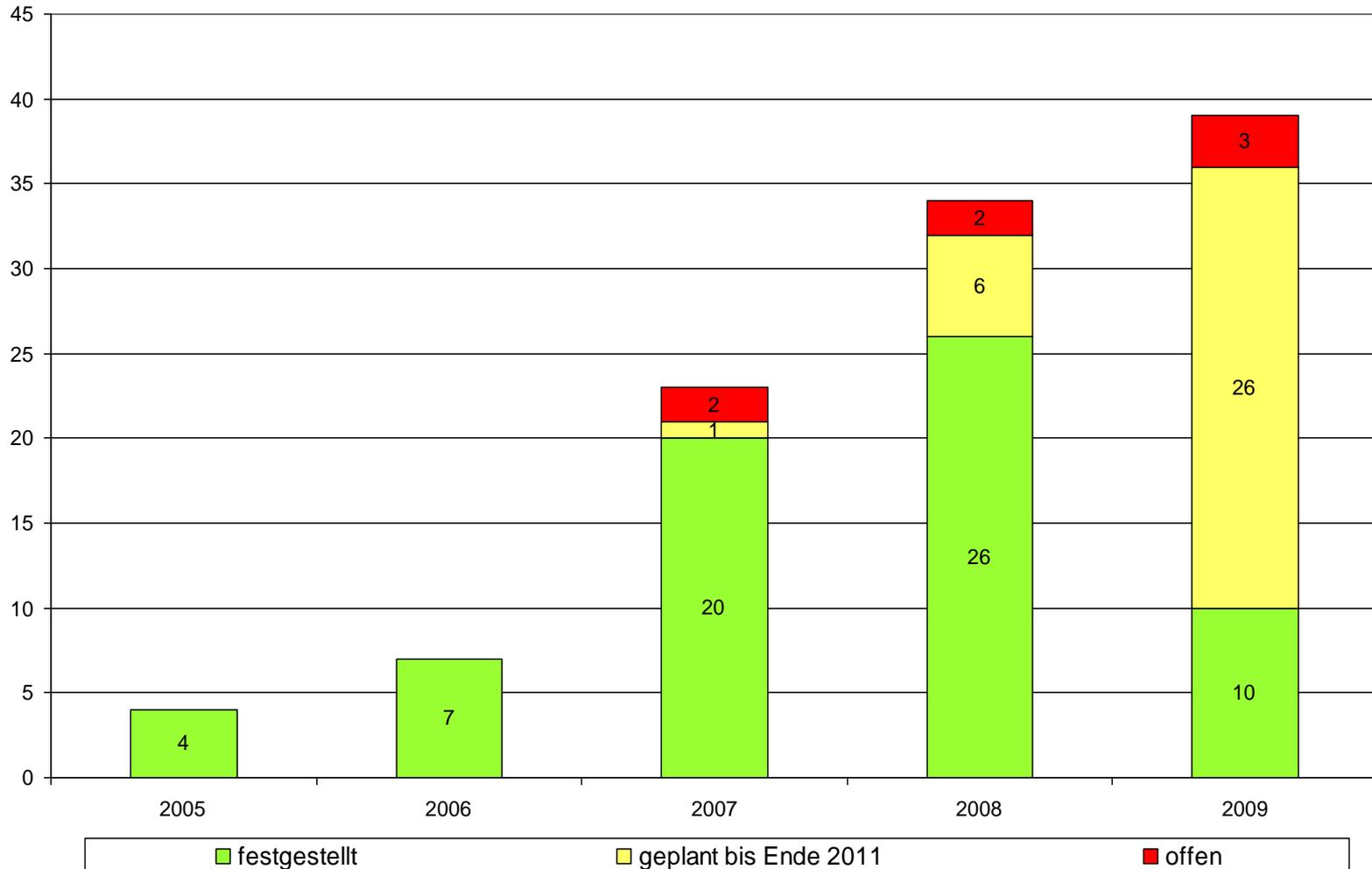
Anteil der jahresbezogenen Defizite an den Gesamtaufwendungen im Haushaltsjahr 2011 der voraussichtlichen Nothaushaltskommunen

(* drohende oder vorliegende Überschuldung)



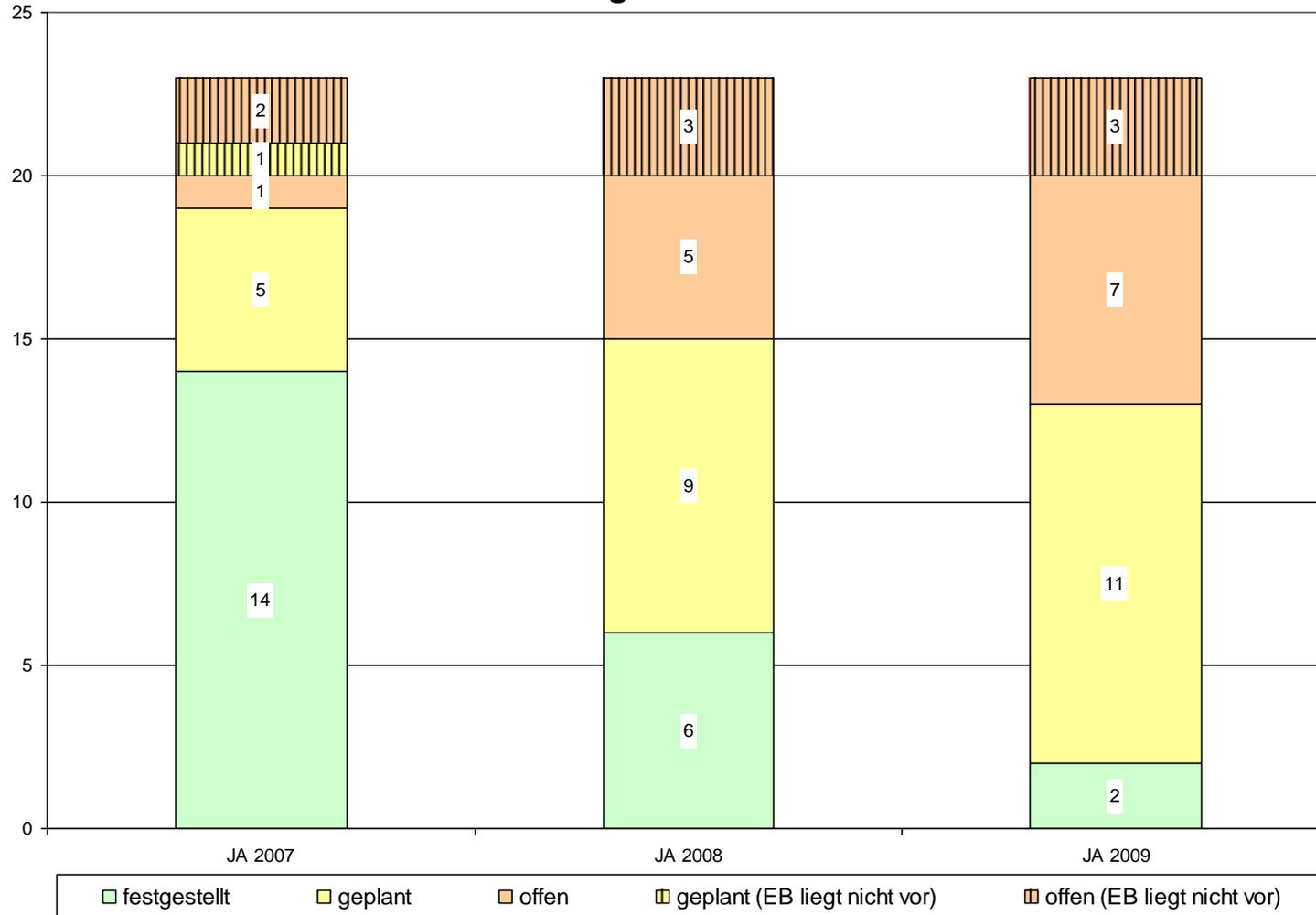


Erstellung der Eröffnungsbilanzen im Bezirk Köln seit Einführung des NKF





Jahresabschlüsse nach Umstellung auf NKF zum 01.01.2007





Eingriffstufen des NKF- Haushaltes

1. Haushaltsausgleich

> tatsächlicher Haushaltsausgleich

2. Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage

> fiktiver Haushaltsausgleich

3. Genehmigung bei Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage

> unterhalb des Schwellenwertes

4. Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes

> oberhalb des Schwellenwertes ($1/4$ oder $2 \times 1/20$)

5. Nothaushalt = keine HSK-Genehmigung

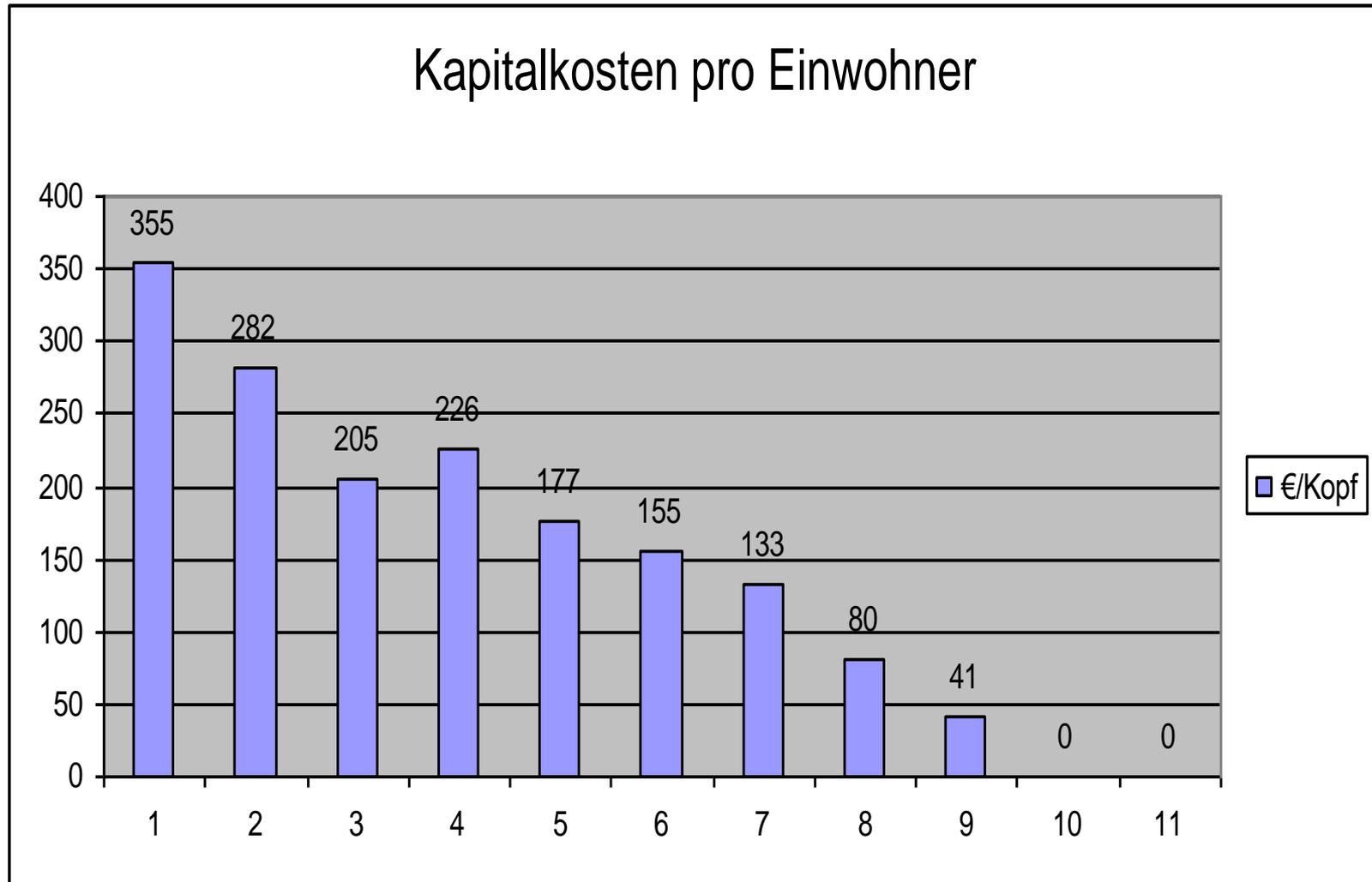
> kein Ausgleich in der Finanzplanung absehbar

6. Negatives Eigenkapital

> Eigenkapital sinkt im Finanzplanungszeitraum unter 0

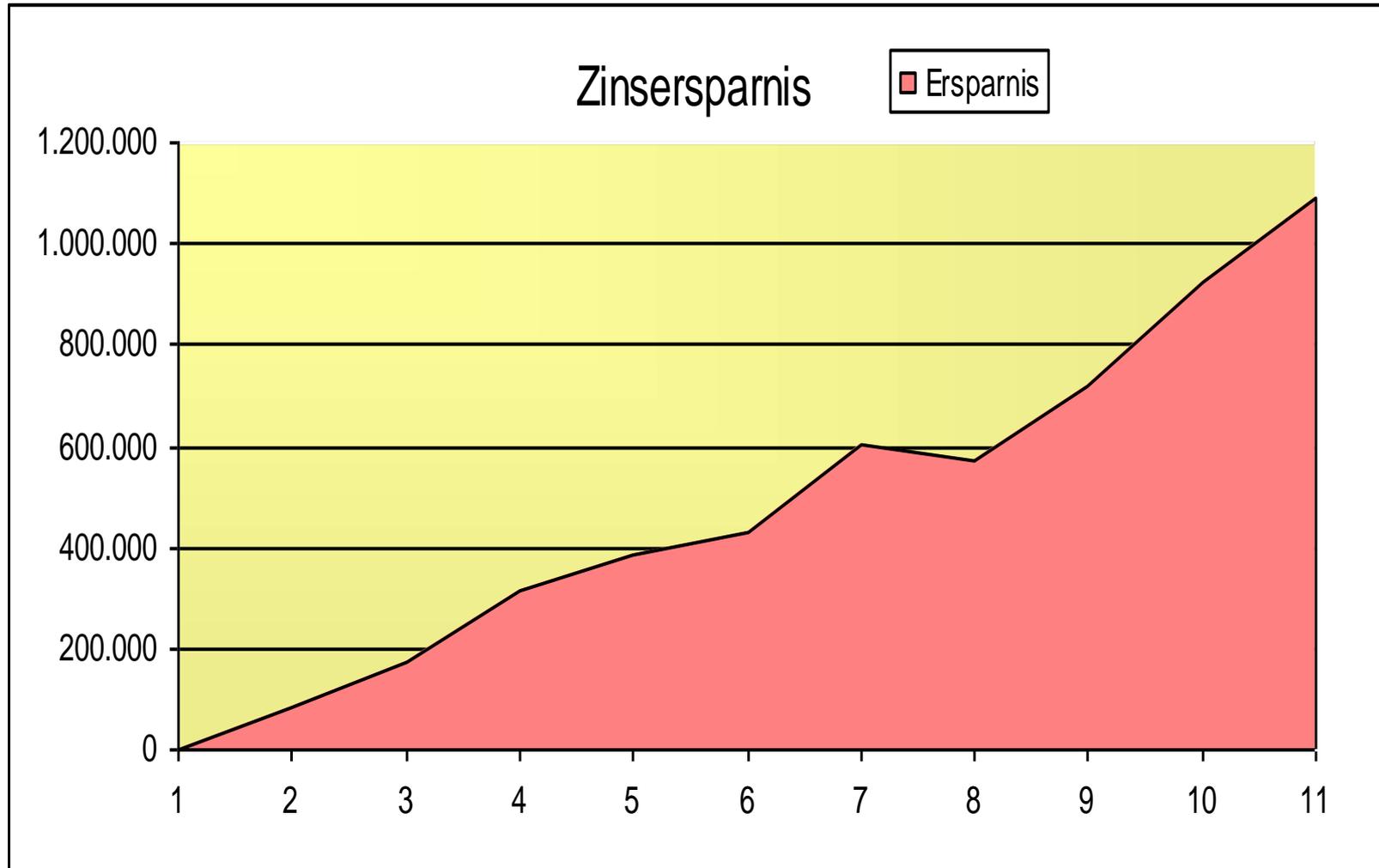


60.000 Einwohner: Folgen einer Entschuldung:



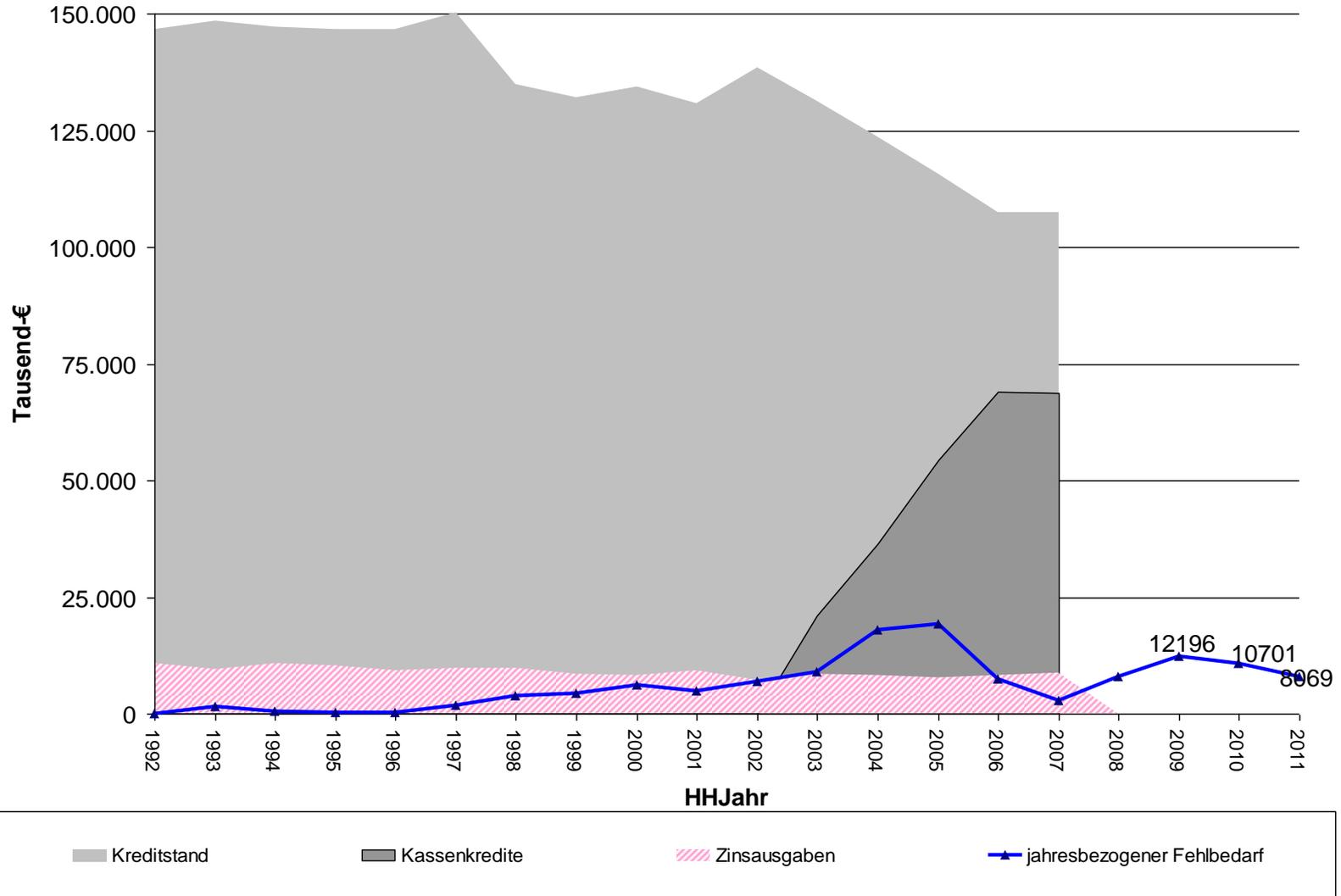


Über 1 Mio. € „freies“ Geld





Beispielskommune: ohne Zinszahlung im Plus





II. Änderung § 76 Abs. 2 GO NRW

1. Genehmigung eines HSK nur, wenn Haushaltsausgleich im zehnten auf das laufende Haushaltsjahr folgende Jahr dargestellt wird. Abweichung vom Konsolidierungszeitraum durch Genehmigung der Oberen Kommunalaufsicht auf Grundlage eines Sanierungskonzeptes.

2. Problem:

- Haushaltsprognose über 10 Jahre (oder länger)
- Kommunen mit Defizitanteil über 15 % an Gesamtaufwendungen werden kaum ein genehmigungsfähiges HSK vorlegen können.



3. Wegfall der Kapitel 4 und 5 des “Leitfadens - Maßnahmen und Verfahren zur Haushaltssicherung“ bei nicht-genehmigungsfähigem HSK: damit entfällt “Duldung“ der Kommunalaufsichtsbehörden. Stattdessen: “Ermessenausübung“ auf der Grundlage eines noch nicht vorliegenden Erlasses.

4. Nachhaltige und ernsthafte Konsolidierung der kommunalen Haushalte erforderlich.

Haushalts-Controlling einzuführen.



III. Konzept zur Rückgewinnung kommunaler Finanzautonomie in NRW - Gutachten Junkernheinrich/Lenk

1. Ausgangslage:

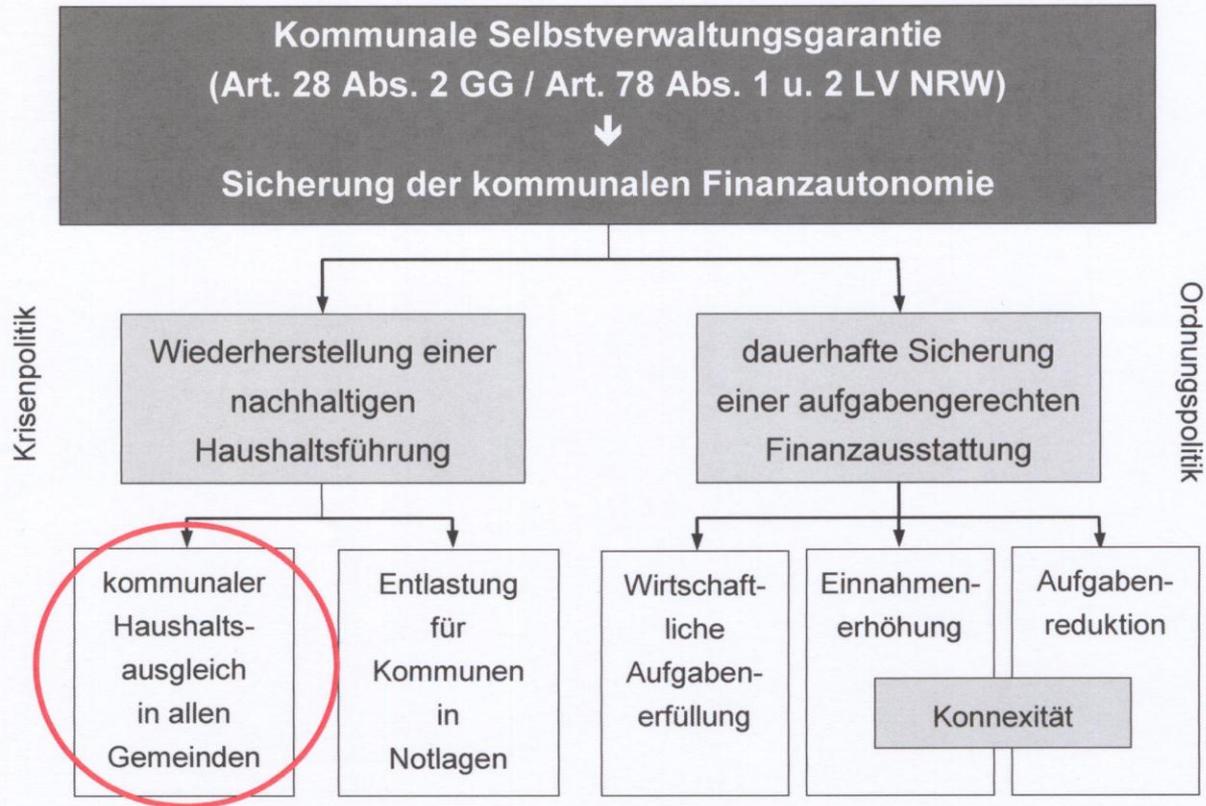
Verschlechterung der kommunalen Finanzsituation im vergangenen Jahrzehnt gegenüber den 1990er Jahren.
Kreditfinanzierung laufender Ausgaben.
Entwicklung der Liquiditätskredite bis 2020 auf geschätzte 50 Mrd. € in NRW.

167 Kommunen in NRW 2010 in der Haushaltssicherung, davon 137 im Nothaushalt. Drohende oder bereits eingetretene Überschuldung in 35 Fällen.

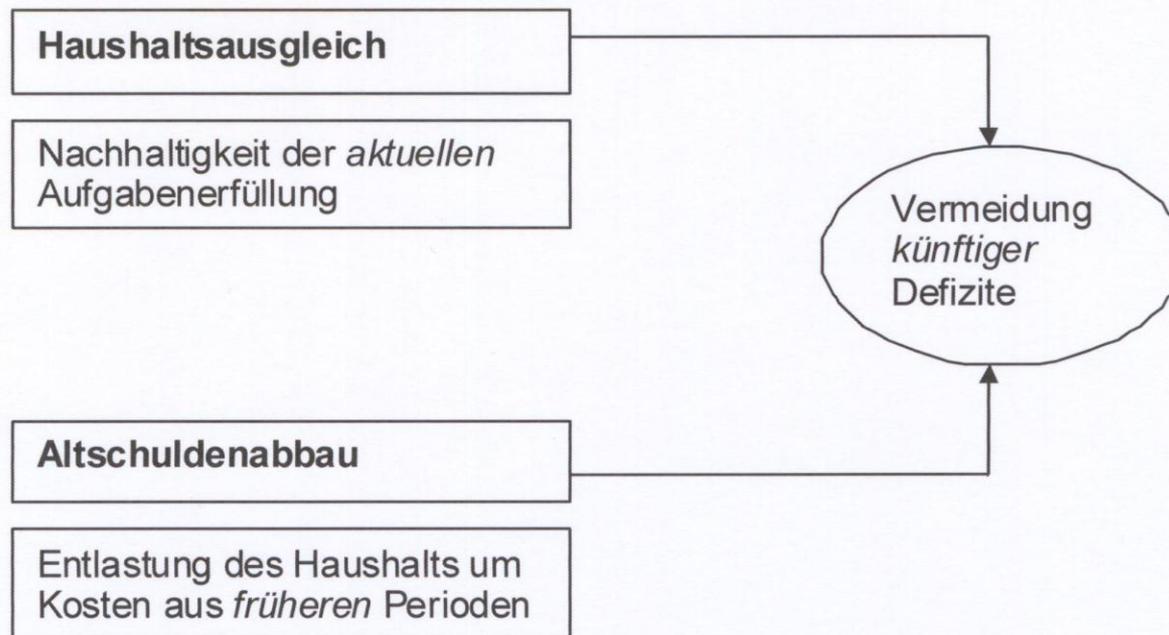


2. Notwendigkeit, diese Entwicklung zu stoppen und umzustellen. Tilgungsziel von 50 % des Bestandes an Liquiditätskredite bis 2020. Für die Wiederherstellung dauerhaft tragfähiger Gemeindefinanzen in NRW besteht Gesamtfinanzierungsbedarf von ca. 40 Mrd. €.

Zielsystem „Nachhaltige Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit“



Wege zur Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit: Zwei Stoßrichtungen



Wie? - Strukturmaßnahmen für alle Kommunen

- höhere Bundesbeteiligung an den kommunalen Soziallasten: Kommunale Sozialbelastung (KdU, Grundsicherung, Eingliederungshilfe)
- Höherdotierung des kommunalen Finanzausgleichs / Höhergewichtung des Soziallastenansatzes: Einzelgemeindliche Finanzkraft-Ausgabenbedarfs-Relation

Konsolidierungsmodell 1

Bundesbeitrag

- KDU: 49 %
- Eingliederungshilfe: 49 %
- GS Alter u.a.: 49 %

Finanzausgleich

- Soziallastenansatz: F 8
- Vorwegentnahme: 175 Mio. €
- Abundanzumlage: 175 Mio.
ab 105 % zu 32,7 %

Landesbeitrag: 300 Mio. €

Konsolidierungsmodell 3

Bundesbeitrag

- KDU: 49 %
- Eingliederungshilfe: 0 %
- GS Alter u.a.: 100 %

Finanzausgleich

- Soziallastenansatz: F 12
- Vorwegentnahme: 250 Mio. €
- Abundanzumlage: 250 Mio. €
ab 105 % zu 38 %

Landesbeitrag: 600 Mio. €

Konsolidierungsmodell 4

Bundesbeitrag

- KDU: 35 %
- Eingliederungshilfe: 0 %
- GS Alter u.a.: 33 %

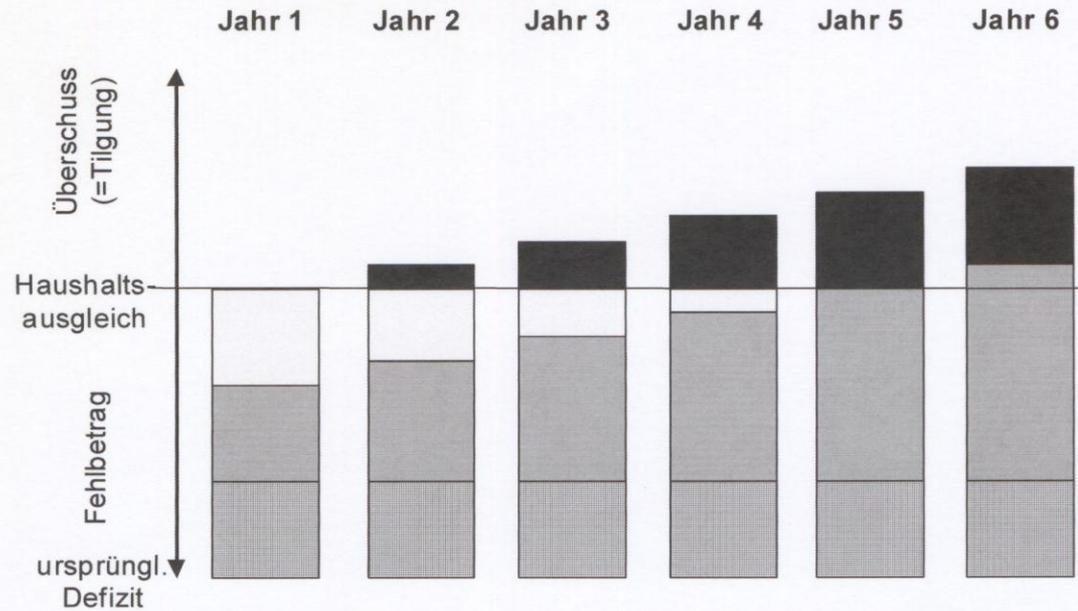
Finanzausgleich

- Soziallastenansatz: F 16
- Vorwegentnahme: 300 Mio. €
- Abundanzumlage: 250 Mio. €
ab 105 % zu 38 %

Landesbeitrag: 800 Mio. €

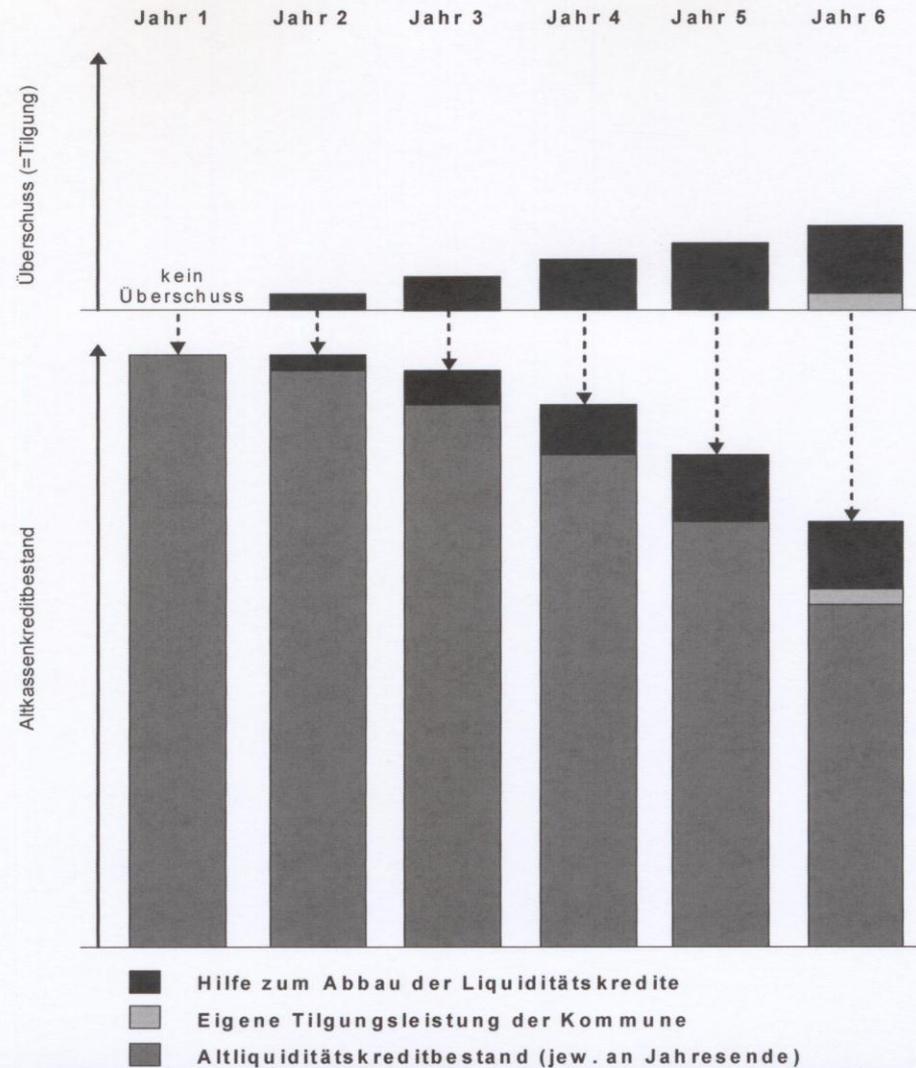
Wozu?

Welchem Verwendungszweck dienen die Mittel?



- Hilfe zum Abbau der Liquiditätskredite
- Hilfe zum Haushaltsausgleich
- Kommunale Konsolidierungsleistungen (insgesamt)
- Strukturmaßnahmen von Bund und Land

Idealtypischer Einstieg in die Abfinanzierung der Altkassenkredite



Von wem?

Zur Finanzierung von Struktur- und Hilfsmaßnahmen

Finanzierungsbeitrag	Finanzierungsquelle
Bund	Höhere Beteiligung an kommunalen Sozialleistungen
Empfänger	Haushaltskonsolidierung + eigene Kredittilgung
Land	Entschuldungshilfe und KFA-Höherdotierung
kommunale Familie	Solidarbeitrag + Aktualisierung des Soziallastenansatzes

Stolpersteine auf dem Weg zur Umsetzung

- Beitrag der steuerstärkeren Kommunen?
- Konsolidierungsmöglichkeiten?
- Bürgerbeteiligung?
- Finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes?
- Zuständigkeit des Bundes?
- Verknüpfung mit der Gemeindesteuerreform?
- Konstanz der Rahmenbedingungen in der Zeit?

Resümee

- Handeln zwingend erforderlich
 - schnelles Handeln zwingend erforderlich
 - nachhaltiges Handeln zwingend erforderlich
- und
- gemeinwohlorientiertes Handeln erforderlich
 - schwer für alle



Vielen Dank

